

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeitspalt mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 227.

Dresden, Dienstag den 30. September 1913.

24. Jahrg.

Genosse Wilhelm Gevecke ist vergangene Nacht einem langjährigen Leiden erlegen.

Aus mehreren Orten Deutschlands werden Feuerbrünste gemeldet, denen eine große Anzahl Häuser zum Opfer gefallen ist.

Die Desertionen serbischer Soldaten über die österreichische Grenze nehmen zu.

Die albanischen Aufständischen sind in Tschafawa eingezogen.

Bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Sosha (Rumänien) wurden 40 Personen getötet.

## Volkvermögen und Arbeitslosenversicherung.

Vor einigen Tagen ging durch die Blätter eine neue Rechnung, die der Direktor der Deutschen Bank, Dr. Karl Helfferich, über den gegenwärtigen Stand des deutschen Volkvermögens und Volkseinkommens angestellt hat. Es gehört zu den alten Präzedenzfällen volkswirtschaftlicher Betrachtung, von der Gesamtheit der in einem Lande vorhandenen Einkommen und Vermögen als vom Volkseinkommen und Volkvermögen zu sprechen, wie wenn das Volk als Ganzes Eigentümer aller dieser Werte wäre, und damit gewissermaßen der Sozialismus vortweggenommen, zwar nicht durch die Tat, aber durch die Art, sich auszudrücken.

Sie haben aus den Berechnungen des Herrn Dr. Helfferich erfahren, daß wir ungeheuer reich sind. Das deutsche Volk hat im Jahre 40 Milliarden zu verzeichnen, und sein Vermögen beträgt 300 Milliarden Mark. 7 Milliarden, beinahe ein Zehntel des ganzen Volkseinkommens, nimmt seinen Weg durch die öffentlichen Kassen und wird für allgemeine Zwecke angewendet, etwa 25 Milliarden dienen dem privaten Verbrauch, 8 bis 10 Milliarden der kapitalistischen Akkumulation.

Das sind beachtliche Zahlen. Und wenn auch die Statistik mit Recht hervorhebt, daß sie auf ziemlich optimistischen Berechnungen beruhen dürften — zumal sie zum Zweck des parlamentarischen Regierungsjubiläums gleichsam als Paradeballer beigegeben worden sind —, so geben sie doch eine im allgemeinen zutreffende Vorstellung von der gewaltigen Summe der Werte, die Jahr aus Jahr in Deutschland durch geistige und körperliche Arbeit geschaffen werden, ein imponierendes Bild wirtschaftlicher Gesamtleistung. Deutschland darf sich heute auf der Richtigkeit und Intelligenz seiner Arbeiter (worauf natürlich wieder die geistigen Arbeiter mit eingeschlossen sind) zu den reichen Ländern der Welt zählen.

Es soll hier nicht von den allgemeinen Folgerungen gesprochen werden, die sich daraus für den Sozialisten ergeben. Aber wenn der Sozialismus will, daß der vorhandene Reichtum allen zugute komme und daß das sogenannte Volkvermögen zum wirklichen Vermögen des Volkes umgewandelt werde, so werden sich auf der anderen Seite auch die Gegner des Helfferichs Jitters für die brennende Frage der Arbeitslosenversicherung ergeben. Nicht darum handelt es sich im unmittelbaren Kampf, jene grundsätzliche Forderung der allgemeinen Wirtschaftsordnung herbeizuführen, die einmal kommen muß und kommen wird, sondern es handelt sich einfach nur darum, von dem ungeheuren Strom des Reichtums so viel abzuzweigen, wie gerade nötig ist, um unsere Arbeitslosen mit ihren Familien nicht verhungern zu lassen.

Das Verhältnis zu den Ziffern Helfferichs erscheinen die Zahlen einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung, so hoch man sie auch berechnen mag, minimal. Nehmen wir den unvorstellbaren Fall, durch eine verheerende Krise würden zwei Millionen Arbeiter außer Arbeit gesetzt, ihre Arbeitslosigkeit dauerte ein volles Jahr und zur Unterstützungsdeckung würde, pro Kopf und Tag durchschnittlich 1 M. aufgewendet, so ergäbe das eine Gesamtsumme von etwas mehr als 700 Millionen Mark. Das heißt, ungefähr ein Zehntel des normalen jährlichen Volkseinkommens müßte zum Zweck der Arbeitslosenunterstützung aufgewendet werden, die öffentlichen Kassen würden gegen den Normalstand einen Zuschlag von 10 Proz. erfahren, statt ungefähr ein Siebentel des gesamten Einkommens würde etwa ein Sechstel zu öffentlichen Zwecken Verwendung finden. Und dabei würde es sich natürlich nicht um eine dauernde Belastung von solcher Höhe handeln, sondern um eine in der Hauptfache einmalige Ausgabe, die einer ganz besonderen Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse geschuldet ist.

Ein Finanzminister mag freilich nur mit Zittern an eine so große Summe denken, und in der Tat ist auch die Annahme, es könnten zwei Millionen Arbeiter ein ganzes Jahr lang ohne Entlohnung sein, ziemlich phantastisch. Und doch, trübe dieser außerordentliche Fall ein, wer kann bestreiten, daß auch dann bei ernstlichen Willen die nötigen Mittel vorhanden wären, um den überdies unumstößlichen Grund vorzubringen? Ja, man darf annehmen, daß, wenn die Frage der Arbeitslosenversicherung rascher und leistungsfähiger gelöst werden würde als unter den gegenwärtigen Umständen. Man kann einige Zehntausend Arbeiter

in ihren Hofwohnungen und Mansarden ruhig verkommen lassen. Bei einigen Hunderttausend würde es schon schwerer wägen, aber die Zahl in die Millionen, dann muß Brot geschafft werden um jeden Preis, denn dann wird die Unterbringung der Arbeitslosen für die Gesellschaft selbst zur Existenzfrage.

Betrachtet man die Frage der Arbeitslosenunterstützung aber nicht bis in ihre letzten möglichen Konsequenzen, sondern praktisch und nichtern nach ihrem gegenwärtigen Stande, dann wird man erst recht finden, daß die Deckungsfrage nichts Benutzungsbedürftiges an sich hat.

Zwar würde es der sozialen Gerechtigkeit nur entsprechen, wenn die Kosten von den besitzenden Klassen getragen würden, so daß von den 8 bis 10 Milliarden jährlicher Kapitalakkumulation ein kleiner Bruchteil anstatt in toten in lebendigen Arbeitswerkzeugen angelegt würde — doch sind die Arbeiter realpolitisch genug, den Besitzenden unter den gegebenen Umständen solche Opfer nicht zuzumuten. Sie wollen die Kosten der Unterstützung zum großen Teil selber tragen, wie sie das ja schon bisher durch ihre Gewerkschaften getan haben. Sie verlangen von der öffentlichen Gewalt nichts als eine allgemeine Organisation und die Gewährung gewisser Zuschüsse, die aus den öffentlichen Kassen zu zahlen und nach dem allgemein maßgebenden Grundsatze der Steuererhebung aufzubringen sind.

Im Verhältnis zu den gegebenen Möglichkeiten erscheint diese Forderung der Arbeiter außerordentlich bescheiden. Es ist wirklich keine Kleinleistung, die hier der Gesetzgebung zugestanden, und keine übermäßige Belastung, die der Volkswirtschaft auferlegt wird. Ueberhaupt, wie kann man hier von einer Belastung sprechen, da die Erhaltung der vorhandenen Arbeitskräfte im Zustande der Arbeitsfähigkeit doch der rationellste volkswirtschaftliche Zweck ist, der sich überhaupt denken läßt!

Nun mögen vielleicht auch die Gegner der Arbeitslosenversicherung zugeben, daß die Schwierigkeiten weniger auf finanziellen als auf organisatorischen Gebieten zu suchen sind. Diese Schwierigkeiten müssen sich aber überwinden lassen, und sie werden, wie schon gesagt, desto sicherer überwunden werden, je eher die Gesellschaft in der Übernahme der Arbeitslosenversicherung eine Gefahr für ihre eigene Existenz erkennt. Auf keinen Fall wird man uns aber mehr mit dem Einwand kommen können, daß die Arbeitslosenversicherung unmöglich sei, weil das Geld dazu fehlt. Wo Geld zu finden ist, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gezeigt, als sie das Reich auf den Weg der Verbilligung drängte. Und wenn es einmal gelten sollte, zum Zweck der sozialen Fürsorge auf diesem Wege weiter zu arbeiten, so wird man die Sozialdemokratie zu freudiger „positiver Mitarbeit“ bereit finden.

## Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912.

II.  
Vereinfacht von dem umfangreichen Vergleichsarbeitstreif, den wir bereits im vorigen Abschnitt erwähnten, bieten die im Jahre 1912 durch das Mittel der Arbeitseinstellung zur Entscheidung gebrachten wirtschaftlichen Kämpfe ein von den Vorjahren erheblich abweichendes Bild. In welcher Weise der Vergleichsarbeitstreif auf das Zahlenverhältnis der Statistik einwirkt, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß von allen Personen, die 1912 an den Arbeitskämpfen beteiligt waren, fast die Hälfte allein auf den Vergleichsarbeitstreif entfällt. Da dieser umfangreiche Kampf in der Statistik nur mit 4 Streiktagen verzeichnet ist, so ergibt sich für 1912 gegenüber dem Jahre 1911 eine geringere Zahl an Arbeitskämpfen und eine beträchtlich höhere Zahl von Personen, die an diesen Kämpfen beteiligt waren. Es betrug 1912 die Zahl der Arbeitskämpfe 2825 (1911: 2914) und die Zahl der daran beteiligten Personen 479 589 (1911: 325 253). Rechnet man von der Gesamtzahl der Personen die 237 732 Beteiligten des Vergleichsarbeitstreif ab, so wäre entsprechend der verminderten Zahl der Kämpfe eine geringere Zahl von Beteiligten zu verzeichnen. Unter den 479 589 Beteiligten des Jahres befanden sich 27 557 weibliche Personen (1911: 51 050).

Der Rückgang an Kämpfen erstreckt sich nur auf die Streiks. Aussperrungen sind dagegen in vermehrter Zahl vorgekommen. Es wurden geführt 1643 Angriffstreiks (1911: 1706) und 926 Abwehrstreiks (1911: 1002); Aussperrungen erfolgten 356 (1911: 207). Von den Personen, die 1912 im Kampfe standen, kamen 352 000 (1911: 169 687) auf die Angriff- und 45 400 (1911: 42 289) auf die Abwehrstreiks. Von den Aussperrungen wurden 22 099 (1911: 118 357) Personen betroffen. Gegenüber dem Jahre 1911 wurden: 262 Angriff- und 76 Abwehrstreiks weniger geführt, während die Zahl der Aussperrungen um 149 stieg. Diese Tatsache scheint dafür zu sprechen, daß bei dem Unternehmertum im Jahre 1912 eine stärkere Angriffslust vorhanden war, während sich die Arbeiterkraft in ihren Kämpfen zurückhaltender verhielt; Symptome, die mit der unflüchtigen wirtschaftlichen Lage, der größeren Arbeitslosigkeit und dem

stärkeren Andrang von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt in Einklang zu stehen scheinen. Allerdings wird die Annahme einer stärkeren Angriffslust der Unternehmer wieder eingeschränkt durch die um 31 258 gesunkene Zahl der Aussperrungen, danach waren die Aussperrungen nicht so umfangreich als im Vorjahre. Auch die Zahl der an den Abwehrstreiks Beteiligten ist um 3161 geringer, was der geringeren Zahl dieser Kämpfe entspricht. Die um 183 343 gestiegene Ziffer der Beteiligten bei den Angriffstreiks läßt aus den schon erwähnten Gründen allgemeine Schlussfolgerungen nicht zu.

Der prozentuale Anteil der Angriffstreiks an den Gesamtkämpfen ist seit dem Vorjahr von 58,5 auf 54,6 Proz. und bei den Abwehrstreiks von 34,4 auf 32,8 Proz. zurückgegangen. Der prozentuale Anteil der Aussperrungen ist dagegen von 7,1 auf 12,6 Proz. gestiegen.

Der Ausgang der gesamten Kämpfe war im Jahre 1912 etwas weniger günstig als 1911. Es endeten 1731 = 61,7 Proz. (1911: 65,3 Proz.) erfolgreich, 458 = 16,4 Proz. (1911: 15,3 Proz.) teilweise erfolgreich und 538 = 19,3 Proz. (1911: 19,0 Proz.) erfolglos. Von 63 Kämpfen mit 5739 Beteiligten blieb der Ausgang unbekannt und 45 mit 3982 Beteiligten waren am Jahresabschluss nicht beendet. Auf je 100 Kämpfe entfallen 1912 8,6 erfolgreich beendete weniger. Der Prozentfuß der teilweise erfolgreichen Kämpfe ist dagegen nur gering gestiegen und die erfolglosen Kämpfe nehmen fast den gleichen Stand wie 1911 ein. Infolge des erfolglos verlaufenen Vergleichsarbeitstreifs sind die prozentualen Erfolgsziffern der Beteiligten erheblich ungünstiger als im Vorjahre, was sich in ganz besonders starker Weise bei den Angriffstreiks bemerkbar macht. Bei einem Vergleich dieser Ziffern mit denen der Vorjahre lassen sich deshalb allgemeine Schlussfolgerungen daraus nicht ziehen. Es hatten von den Beteiligten vollen Erfolg 134 785 = 28,4 Proz. (1911: 28,8 Proz.), teilweisen Erfolg 60 091 = 12,6 Proz. (1911: 29,9 Proz.) und keinen Erfolg 274 797 = 57,8 Proz. (1911: 19,9 Proz.).

Von den an den Kämpfen 1912 insgesamt beteiligten Personen waren 303 115, darunter 20 851 weibliche, in die Streiklisten eingetragen. Davon gehörten beim Beginn des Kampfes 245 063 männliche und 18 618 weibliche Personen der Organisation an. Von diesen organisierten Personen waren 188 852 männliche und 9913 weibliche schon 6 Monate vor Beginn des Kampfes Mitglieder ihres Verbandes. Verheiratet waren 157 677 männliche und 7474 weibliche Personen. Die in den Streiklisten Verzeichneten hatten insgesamt 320 132 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren.

Für 304 979 Personen konnte der bei den Kämpfen erfolgte Ausfall an Arbeitstagen und Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 4 776 818 Tage und der Ausfall an Verdienst 21 144 439 M. Die weiblichen Personen sind an diesen Zahlen beteiligt mit 468 522 Arbeitstagen und einem Verdienstausschlag von 1 021 686 M.

Die Kämpfe des Jahres 1912 erforderten eine Gesamtausgabe von 11 486 365 M. (1911: 16 062 906 M.). Sie ist um 4 576 541 M. geringer als im Vorjahre. Von den gesamten Kosten kommen auf die Angriffstreiks 6 911 857 M., auf Abwehrstreiks 947 925 M. und auf Aussperrungen 3 527 615 M. Außerdem verausgabten 4 Verbände noch 268 968 M. an Unterstützung für Mitglieder, die an den Kämpfen anderer Verbände mit beteiligt waren. Die letztere Summe ist mit in die Gesamtausgabe verrechnet. Die Durchführung der Angriffstreiks beanspruchte über die Hälfte der Gesamtkosten.

Von den 1543 Angriffstreiks wurden 785, reichlich die Hälfte aller Streiks, unternommen, um Lohnverbesserungen zu erreichen. 298 813 Personen waren daran beteiligt. Darunter befanden sich auch die Beteiligten des Vergleichsarbeitstreifs. Um Arbeitszeitverkürzung allein wurden 39 Streiks mit 5167 Beteiligten und um Arbeitszeitverkürzung und Lohnverbesserung 572 Streiks mit 44 906 Beteiligten geführt. Von den gesamten Angriffstreiks endeten 940 mit 56 898 Beteiligten erfolgreich, 291 mit 32 012 Beteiligten teilweise erfolgreich und 295 mit 257 819 Beteiligten erfolglos.

Von den 926 Abwehrstreiks wurden 333 mit 9973 Beteiligten geführt, um eine Lohnreduktion abzuwehren. In 231 Fällen war Wahrung von Arbeitsplätzen die Ursache von Streiks, von welchen 13 498 Personen betroffen wurden. In 24 Fällen wurde zur Wahrung des Koalitionsrechtes die Arbeit eingestellt und 22 Streiks mit 678 Beteiligten wurden zur Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung unternommen. Der Ausgang der gesamten Abwehrstreiks war in 599 Fällen mit 29 263 Beteiligten erfolgreich, in 65 Fällen mit 3845 Beteiligten teilweise erfolgreich und in 193 Fällen mit 9771 Beteiligten erfolglos.

Mit ihren Aussperrungen haben die Unternehmer 1912 nicht gut abgeschlossen. Von den gesamten 356 Aussperrungen endeten 52,3 (1911: 39,2) Proz. für die Arbeiter erfolgreich. Oder anders ausgedrückt: über die Hälfte aller Aussperrungen verfehlte vollständig die damit beabsichtigte Wirkung und brachte den Unternehmern keinen Erfolg. Mit dem Prozentfuß der erfolgreichen Aussperrungen übertrug das Jahr 1912 alle früheren Berichtsjahre. Die mit teilweisem Erfolg beendeten Aussperrungen stehen nur gering hinter dem Vorjahre zurück. Die Aussperrungen, die den Unternehmern vollen Erfolg brachten, d. h. für die Arbeiter erfolglos verliefen, gingen von 29,4 im Vorjahre auf 14,4 Proz. zurück. Von 1900 bis 1912 sind von dem Unternehmertum insgesamt 3324 Aussperrungen verhängt worden, von denen 966 611 Personen betroffen wurden. Durch diese Aussperrungen ent-

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Insetate werden die 6spaltige Zeitspalt mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.